

BürgerInnenbrief **Mitte**

24. August 2009



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Wahlkampf +++ HSH Nordbank: Drama geht weiter +++ Freizeitbahn Horn +++ DIE LINKE läuft +++ Kulturtipps +++

Den müden Wahlkampf beleben!



Der Sprecher des »Seeheimer Kreises« und Rüstungslobbyist Johannes Kahrs

Nur noch fünf Wochen sind es bis zur Bundestagswahl, dennoch hat man in Hamburg den Eindruck, dass er inhaltlich kaum bestritten wird. Im Direktwahlkreis 19, in dem auch ich mich für DIE LINKE um ein Mandat bewerbe und der den Bezirk Mitte (minus Wilhelmsburg), Barmbek, Dulsberg, Hohenfelde, Uhlenhorst, Eilbek und einige Quartiere des neuen Stadtteils Sternschanze umfasst, dominieren bisher die für Johannes Kahrs (SPD) aufgestellten Plakate, in den Szenevierteln sieht man auch das Konterfei von Farid Müller (GAL), während die Porträts von David Erkeit (CDU) und Lothar Hänsch (FDP) stärker in anderen Stadtteilen in Erscheinung treten.

Ich habe mir vor allem vorgenommen, den angeblich so sicheren Wahlkreis des SPD-Bundestagsabgeordneten Johannes Kahrs ins Wanken zu bringen. Zu seinem Wirken als Abge-

ordneter, Sprecher des »Seeheimer Kreises« der SPD-Rechten und ausgewiesenen Rüstungslobbyisten habe ich mich auf der während des Wahlkampfes eingerichteten Internetseite www.Joachim-Bischoff.de geäußert: »Nun steht Kahrs in der öffentlichen Kritik, weil er gegen die Spielregeln des Bundestages verstoßen hat: Seit Jahren gehört der Abgeordnete dem Präsidium des »Förderkreises Deutsches Heer« (FKH) an, der der Rüstungslobby nahe steht. Doch gegenüber der Parlamentsverwaltung verschwieg er die Nebentätigkeit, was ihm jetzt zu Recht viel politischen Ärger eintrug.«

Ein anderes Ziel meines Wahlkampfes besteht darin, den Stimmenanteil des NPD-Kandidaten Jürgen Rieger so niedrig wie irgend möglich zu halten. Denn leider kandidiert im Wahlkreis 19 nun der stellvertretende Bundesvorsitzende der NPD, der vor allem im Hamburger Osten Flyer mit den mie-

sen Parolen »Arbeitsplatzvergabe zuerst an Deutsche«, »Mut-tergehalt«, »Einführung der Todesstrafe« verteilen lässt, aber auch mit Forderungen wie »Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr!« und »Arbeitnehmermitbestimmung« um Stimmen wirbt. Auf der genannten Internetseite habe ich mich ausführlich mit der Person und den Positionen des Hamburger NPD-Chefs auseinandergesetzt: »Neben seiner Tätigkeit als Strafverteidiger zahlreicher Rechtsextremer ist er als Multifunktionär der rechtsextremen Szene sowie als Holocaustleugner bekannt. Er gilt als wichtiger Mittler zwischen den verschiedenen rechtsextremen und rechtsradikalen Strömungen... Der Wahlkampf bietet der Hamburger LINKEN die Chance, über diesen dumpfbackigen Rechtsextremismus und einen seiner Hauptvertreter aufzuklären und ihn entschieden zu bekämpfen.«

Vor allem aber werbe ich natürlich für meine politischen Optionen innerhalb der Partei DIE LINKE, die im Wahlkampf mit inhaltlichen Plakaten, aber vor allem mit Infotischen präsent ist. Darum beteilige ich mich an verschiedenen Infotischen und werde unter anderem auf Veranstaltungen meiner Partei in St. Georg (zum Beispiel **am 1.9. um 19.30 Uhr im Gemeinschaftsraum der Wohngenossenschaft Drachenbau**, Schmilinskystraße 6a/Hinterhof) Rede und Antwort stehen.

Darüber hinaus wird in den nächsten Wochen meine Wahl-Postkarte flächendeckend in mehreren Vierteln des Wahlkreises verteilt. Da es sich dabei um eine kostenintensive Aktion handelt – es geht nicht nur um den Druck, sondern auch um die Zustellung durch die BriefträgerInnen –, bin ich auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Wer speziell diese Postkartenaktion gut und wichtig findet, möge sich ggfs. mit einer

kleinen zweckgebundenen Spende beteiligen. Die Kontoverbindung lautet:



Ich stehe dafür, dass

- sozialökologisches Wachstum eingeleitet und neue Arbeitsplätze geschaffen werden;
- gute Arbeit gut bezahlt und endlich ein gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von 10 Euro eingeführt wird;
- die Altersrenten armutsfest gemacht werden und das menschenverachtende Hartz IV-System abgeschafft wird;
- Politik transparent und mit wirksamer BürgerInnenbeteiligung stattfindet.

**DIE LINKE. BV Hamburg-Mitte, Konto 852 539 206,
Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Stichwort: Karte.**

Am 11. September findet auf dem Gänsemarkt eine zentrale Kundgebung der Partei DIE LINKE mit Gregor Gysi und den beiden Hamburger SpitzenkandidatInnen Jan van Aken und Regine Brüggemann statt. Wer dort hin geht, bekommt nicht nur gute Argumente zu hören, sondern bietet zugleich den Nazis Paroli, die im Vorfeld des Schanzfestes am 12. September aktiv werden wollen und für den 11. September eine Demonstration in der Hamburger Innenstadt angekündigt haben.

HSH Nordbank: Das Drama geht immer weiter

Die Landesbank von Hamburg und Schleswig-Holstein kommt nicht aus den Schlagzeilen. Am Samstag, den 22.8.2009 titelte das Hamburger Abendblatt »Nordbank: Schon wieder eine halbe Milliarde Euro Verlust«. In einem weiteren Artikel vom gleichen Tag hieß es: »Die HSH Nordbank liegt noch auf der Intensivstation«. Am gleichen Tag verteidigt der Vorstandschef Dirk Jens Nonnenmacher der mit Staatsknete geretteten Bank die ihm gewährte Prämie in Höhe von 2,9 Millionen Euro in einem Interview mit der FAZ.

Da ertappte Gauner gern mit großem Geschrei (»Haltet den Dieb«) andere beschuldigen, um vom eigenen Vergehen abzulenken, geraten inzwischen auch die HSH-Aufklärer ins Visier der Medien: »Bonus-Zahlung für die Nordbank-Aufklärer?« (Hamburger Morgenpost vom 22.8.2009) Ich gehöre dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft zu den Vorgängen der HSH Nordbank an, der sich mit den abgelaufenen Dingen, aber auch der Zukunft der Bank zu beschäftigen hat. Insofern stehe ich auch gegenüber meinen WählerInnen und den Mitgliedern meiner Partei in der Chronistenpflicht, obwohl das Thema nicht gerade hohen Unterhaltungswert besitzt. Der Reihe nach.

Vergangenheit 1: Kapitalerhöhung und »Gutachten«

Im Mai 2009 hatte eine außerordentliche Hauptversammlung der schwer angeschlagenen HSH Nordbank einstimmig die dringend benötigte Kapitalerhöhung um drei Mrd. Euro beschlossen. Nach einem Vorjahresverlust von 2,7 Mrd. Euro hätte sonst die Schließung der Bank gedroht.

Laut dem damaligen Aufsichtsratsvorsitzenden Wolfgang Peiner war diese Entscheidung ein »wichtiger Meilenstein für die Zukunftsfähigkeit« der Bank. Für den Vorstandsvorsitzenden Nonnenmacher »schafft der Beschluss zur Kapitalerhöhung die Grundlage für die erfolgreiche Neuausrichtung«.

Im Vorfeld der Abstimmung auf der außerordentlichen Hauptversammlung hatten sich die Anteilseigner auf einen Bezugspreis in Höhe von 19 Euro je neuer Stammaktie geeinigt. Die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein pumpen drei Mrd. Euro in die Landesbank und erhöhen ihren Anteil von 60% auf etwas über 84%. Dadurch verwässern die Anteile der beiden übrigen Eigner stark, weil sie kein frisches Geld einschießen. Der Anteil der Privatinvestoren, die von dem amerikanischen Investmentbanker Christopher Flowers be-



raten werden, sinkt in der Folge von 26% auf etwa 9%. Der Anteil der schleswig-holsteinischen Sparkassen verringert sich um mehr als die Hälfte auf knapp 7%.

Nach einem von der Bank in Auftrag gegebenen Gutachten der Wirtschaftsprüfer von PricewaterhouseCoopers (PwC) lag die Preisspanne für die neuen Anteilsscheine der HSH Nordbank zwischen 11 und 20 Euro. Flowers hielt ursprünglich einen Preis von 35 Euro für gerechtfertigt. Im weiteren Verhandlungsverlauf forderte er 26 Euro. Der Buchwert der Bank wurde durch die Gutachter auf rund zwei Mrd. Euro oder 23 Euro je Aktie festgesetzt. Der ausgehandelte Preis von 19 Euro liegt also unterhalb des Buchwertes. Als Flowers vor einigen Jahren bei der HSH Nordbank eingestiegen war, hatten seine Investoren noch rund 90 Euro bezahlt. Die Kapitalerhöhung im Sommer vergangenen Jahres ging für 55 Euro über die Bühne. Grundlage für die Preisfestlegung von 19 Euro für die neuen Stammaktien waren zwei unabhängige Gutachten. Nach Beschluss des Haushaltsausschusses konnten jetzt die Abgeordneten diese Ausarbeitungen einsehen, um nachvollziehen zu können, weshalb bei einer Preisspanne von 11-20 Euro ein Preis von 19 Euro vereinbart wurde.

Ersteller dieser »Gutachten« waren die Nomura Bank GmbH sowie PwC. Unabhängig voneinander weisen beide ausdrücklich auf folgendes hin:

- Es durften nur vom HSH Nordbank Vorstand vorgegebene Planungsrechnungen berücksichtigt werden;
- es durfte nicht mit im Hause HSH Nordbank zuständigen Experten gesprochen werden;

- es wurden keine eigenen Due Diligence Prüfungen (wörtlich: gebotene bzw. angemessene Sorgfaltsprüfungen) vorgenommen werden;
- die Nomura Bank nennt ihr Gutachten noch nicht einmal »Gutachten«, sondern lediglich »Stellungnahme«;
- sowohl Nomura als auch PwC lassen sich von möglichen Schadensersatzansprüchen Dritter freistellen;
- die Nomura Bank lässt sich gleichzeitig genehmigen, auf eigene und Kundenrechnung Optionsgeschäfte auf den Aktienkurs vornehmen zu dürfen. Man könnte dieses auch als Insiderhandel bezeichnen. Damit kennt sich Nomura aus: laut FAZ vom 23. April 2009 sind im japanischen Mutterhaus Nomura Holdings Inc. mehrere Mitarbeiter wegen Verdachts auf Insiderhandel vom Arbeitsplatz weg verhaftet worden. Man hat daraus gelernt und sich diese Vorgehensweise sofort vertraglich genehmigen lassen!

Beide »Gutachter« weisen ausdrücklich darauf hin, dass ihnen bereits bekannt ist, dass die HSH Nordbank im Rating von A auf BBB herabgestuft wurde. Sie berücksichtigen diese Herabstufung für die vorgelegten Planungsrechnungen jedoch auf ausdrücklichen Wunsch der HSH-Geschäftsführung nicht! Hätten sie diese Herabstufung berücksichtigt, dann wäre der Buchwert von 23 Euro je Stammaktie nicht zu halten gewesen. Außerdem wären aufgrund der daraus zwangsläufig deutlich kostenintensiveren Refinanzierungsmöglichkeiten die Planungsrechnungen des HSH-Vorstandes viel zu optimistisch gewesen und hätten als Grundlage zur Preisfeststellung des Aktienkurses gar nicht zugrunde gelegt werden

Die »Gutachter«

Nomura Bank GmbH: Eine 100%ige Tochter der japanischen Nomura Gruppe Tokio, einem der größten Investmentbankhäuser. Sie kauft sich fleißig in Deutschland zu Schleuderpreisen ein, und hat unter anderem im Jahr 2000 insgesamt 64.000 Eisenbahnerwohnungen durch die Nomura Tochter Annington und im Jahr 2003 10.000 Wohnungen durch die Übernahme der BIG-Heimbau AG (Schleswig-Holstein und Hamburg) erworben. Im Gespräch sind weitere 100.000 Wohnungen in Nordrhein-Westfalen sowie über 40.000 Wohnungen in Dresden. Teile der Verlagsgruppe Handelsblatt sind ebenfalls von Nomura erworben worden.

PwC PricewaterhouseCoopers: Neben der KPMG begutachtet PwC als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft im Auftrag der Bundesregierung einen Großteil der Unternehmen, die staatliche Hilfen aus dem 480 Mrd. Euro schweren Bankenrettungsfonds oder aus dem mit 115 Mrd. Euro budgetierten Wirtschaftsfonds Deutschland haben wollen. Zusätzlich beurteilt PwC seit Jahren im Auftrag der Bundesregierung die Anträge für Hermes-Bürgschaften.

dürfen. Dann wäre man wahrscheinlich bei einem Ausgabe-Aktienkurs von etwa 10 Euro gelandet. Dieses war nämlich laut der Gutachten der realistische derzeitige Aktienkurs!

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass der festgelegte Ausgabepreis der neuen Stammaktien von 19 Euro je Stück durch nichts gerechtfertigt war! Bekannte Tatsachen wie die Rating-Herabstufung usw. durften auf ausdrücklichen Wunsch eines Herrn Nonnenmacher nicht berücksichtigt werden. Dies ist nicht nur Fahrlässigkeit, sondern Vorsatz! Nonnenmacher? Ja, genau der, der für sein überaus fähiges Wirken im Hause HSH Nordbank einen Bonus von 2,9 Mio. Euro zusätzlich zum vereinbarten Gehalt bekommen hat.

Vergangenheit 2: Prämien und Bonuszahlungen

Etwa 15% der HSH Nordbank-Mitarbeiter sollen eine Prämie erhalten, damit sie das Unternehmen im Zuge der Geschäftsneuausrichtung nicht verlassen. Offenbar lässt sich die Landesbank die Prämie pro Person bis zu 100.000 Euro kosten. Bis zu 600 Mitarbeiter könnten in den Genuss dieser »Bleibeprämie« kommen. Der Vorstand der HSH Nordbank bemüht sich seit Monaten nach Kräften um eine Selbstschädigung des Finanzinstituts. In den letzten Jahren der Spekulationsblase, die zu der großen Finanz- und Wirtschaftskrise geführt hat, sind die Gehälter und Bonuszahlungen astronomisch angehoben worden. Zugleich verlieren bei der Bank einige hundert Beschäftigte wegen des Sanierungsprozesses ihren Arbeitsplatz. In dieser Situation sind Bleibeprämien so absurd wie die maßlose Bonuszahlung an den Vorstandsvorsitzenden Nonnenmacher. Bei einer Bank, die nur durch massive öffentliche Kapitalspritzen vor der Insolvenz bewahrt wurde, sind Bonuszahlungen eine zynische Handlung gegenüber den BürgerInnen. Der Vorstand der HSH Nordbank macht alles falsch, was man nur falsch machen kann. Den einen gibt man Geld dafür, dass sie gehen – den anderen dafür dass sie bleiben. Das grenzt an die Gefährdung des Sanierungsprojekts.

Vergangenheit 3: Brandstifter spielen Feuerwehr

Ex-Manager der ehemaligen Landesbank Sachsen, die während ihrer Amtszeit die SachsenLB in die Pleite geführt haben, beraten die jetzt Länder Hamburg und Schleswig-Holstein in Sachen HSH Nordbank. Konkret geht es um die Beratungsfirma SAM (Sachsen Asset Management), die nach der Pleite der SachsenLB im Jahr 2007 von mehreren früheren Mitarbeitern der Bank rund um Ex-Kapitalmarktvorstand Wolf-Dieter Ihle gegründet worden war. SAM habe Hamburg und Schleswig-Holstein zunächst bei der Ausarbeitung der Garantie über zehn Milliarden Euro beraten, die der HSH zur Verfügung gestellt wurden. Inzwischen unterstützten die Berater die Länder auch bei der Auswahl der Treuhänder und kontrollierten Treuhand-Aufgaben. Ihnen sollen bis 2013 bis zu 250 Millionen Euro für Verwaltungskosten zur Verfügung stehen. Die handelnden Personen hinter SAM haben den Flurschaden bei den Banken selbst angerichtet, insofern ist es natürlich ein Einfaches, nun gezielt die zu sanierenden Banken zu beraten. So werden die Brandstifter zu Feuerwehrleuten.

Zukunft 1: Neue Verluste im ersten Halbjahr 2009

Es geht bei der Kontrolle der HSH Nordbank nicht nur um zurückliegende Geschäfte, es geht auch um Veränderungen in der laufenden Geschäftspolitik. Denn das Drama ist noch längst nicht zu Ende. Die angeschlagene HSH Nordbank hat im ersten Halbjahr 2009 einen Verlust von über 550 Millionen Euro eingefahren. Im Vorjahr hatte sie noch 155 Millionen Euro Gewinn gemacht. Vorstandschef Nonnenmacher wertete das Ergebnis trotz der roten Zahlen als Erfolg: »Es zeigt sich, dass die Maßnahmen zur Stabilisierung und strategischen Neuausrichtung der Bank greifen.« Die Gesamterträge der HSH Nordbank haben sich im ersten Halbjahr auf 1,23 Milliarden Euro erhöht, nach 712 Millionen im Vorjahr. Dem gegenüber stehen eine im zweiten Quartal um 771 Millionen Euro auf 1,2 Milliarden Euro (Vorjahr: 130 Millionen Euro) erhöhte Risikovorsorge im Kreditgeschäft und Milliardenbürgschaften, die die Bank vor dem Untergang bewahrt haben.

Schlechte Nachrichten als Erfolgsmeldungen zu verkaufen, ist mit Sicherheit keine vertrauensbildende Maßnahme. Man kann gemäß dem Sanierungsplan für 2009 und 2010 keine schwarzen Zahlen erwarten. Allerdings zeigt die massive Erhöhung der Risikovorsorge das Heraufziehen einer Schlechtwetterfront für die Bank. Es geht weniger um Wertberichtigungen bei den toxischen Wertpapieren, als vielmehr um massive Kreditausfälle im Bereich der Schiffsfinanzierungen und anderer Geschäftsbereiche. Ob die strategische Neuausrichtung der Bank greift, damit die öffentlichen Unterstützungsgelder nicht in einem Fass ohne Boden versenkt werden, wird sich erst zum Jahresende beurteilen lassen. Nonnenmacher allerdings sind offenkundig nüchtern realistische Bewertungen von Zwischenergebnissen fremd. Er gehört zu der Gruppe arroganter Bankmanager, die aus der globalen Finanzkrise die falschen Schlussfolgerungen gezogen haben.

Zukunft 2: »Feuerwehrjob in schwierigen Zeiten«

Der große Bankenretter Nonnenmacher fühlt sich zu Unrecht wegen der ihm zugedachten Prämie von 2,9 Millionen Euro kritisiert: »Die Diskussion über mein Gehalt ist nicht ehrlich« (FAZ vom 22.8.2009). Er führt aus: »Bleiben wir doch bei den Fakten: Ich habe im Mai 2007, bevor ich zur HSH Nordbank gekommen bin, einen Arbeitsvertrag geschlossen, in dem auch eine Altersvorsorge geregelt ist. Dann kam der November 2008. Da haben mich die Eigentümer der Bank gefragt, ob ich zunächst für die Erstellung des Sanierungskonzeptes der Bank als Vorstandsvorsitzender zur Verfügung stehe. Es brannte an allen Enden lichterloh, allen Beteiligten war völlig unklar, ob und wie es mit der HSH weitergehen würde. Also haben wir für den Erfolgsfall sowie für meine Mehrfachbelastung aufgrund des Ausscheidens von diversen Vorstandskollegen eine Restrukturierungsprämie vereinbart mit der weiteren Maßgabe, dass man Mitte 2009 darüber diskutieren wird, ob ich im Auftrag der Anteilseigner auch die Umsetzung des strategischen Neuausrichtungskonzeptes über die nächsten Jahre führen werde. So ist es auch geschehen. Als ich im Herbst vergangenen Jahres angetreten bin, die Bank zu sanie-



Scheinheilig: Vorstandsvorsitzender Nonnenmacher

ren, haben mir alle klargemacht, dass dies ein Feuerwehrjob mit extremer Belastung und unklarem Ausgang ist. Als Gegenleistung wurde die Restrukturierungsprämie vereinbart. Nochmal: Der HSH-Aufsichtsrat hat der Regelung zugestimmt, im November 2008 und erneut im Juni 2009.«

Der Vorstandsvorsitzende geht nicht davon aus, dass die bürgerschaftsgarantie von drei Milliarden Euro in Anspruch genommen wird: »Klar ist aber, dass wir dafür 4% Zinsen, also 400 Millionen Euro pro Jahr bezahlen. Die erste Rate von 100 Millionen Euro haben wir schon an die Länder überwiesen. Es bleiben insbesondere die Containerschifffahrt und das Emissionsgeschäft kurz- bis mittelfristig herausfordernd. Hier haben wir 2008 und für das erste Halbjahr 2009 angemessene und deutlich über historischen Werten liegende Einzelrisikovorsorge gebildet. Sobald die Welthandelsströme wieder anspringen, wofür es einige Anzeichen gibt, wird sich auch die Schifffahrt erholen.«

Und in Sachen der in extreme Schieflage geratene Reederei Hapag-Lloyd, an der die HSH Nordbank beteiligt ist, führt Nonnenmacher aus: »Wir werden in Absprache mit unseren Mitgesellschaftern kein weiteres Eigenkapital zur Verfügung stellen. Wir beteiligen uns jedoch quotal und damit signifikant am gesamten Sanierungspaket, das insbesondere den zu verbürgenden Kredit von 1,2 Milliarden Euro als auch unsere umfassenden Schifffahrtsfinanzierungen umfasst.«

Bonus-Zahlung nun auch für Aufklärer?

Ein Artikel in der Hamburger Morgenpost, in der auch ich zitiert wurde, hatte Folgen: MitsportlerInnen in dem Verein, in dem ich mich einmal die Woche sportlich betätige, stellten mich umgehend zur Rede: »So sind die Politiker eben, kaum kommt durch Aufklärungsarbeit ein wenig Stress auf, schon bewilligt ihr Euch höhere Einkommen.«

Es geht um einen Antrag, mit dem die in der Bürgerschaft vertretenen Parteien – zeitlich begrenzt für die Dauer des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur HSH Nordbank – ihre Arbeitsbedingungen verbessern und dafür Sonderzahlungen erhalten wollen. Laut einem gemeinsamen

Antrag von CDU, SPD, GAL und Linken soll jede Fraktion für die Mehrarbeit monatlich 2.500 Euro extra bekommen. Das Geld soll von September 2009 an fließen, und zwar höchstens für zwei Jahre. Die Kosten für den Untersuchungsausschuss würden um bis zu 15% (insgesamt 240.000 Euro) steigen. Zur Begründung für die Sonderzahlungen heißt es, wegen der Besonderheit des Untersuchungs-Gegenstandes müssten die Ausschuss-Mitglieder zusätzlich durch ihre Fraktionen unterstützt werden. Der gemeinsame Antrag soll Anfang September beschlossen werden.

Ich kann verstehen, dass jede Ausweitung von Ausgaben – auch die für die Parlamentsarbeit – kritisch gesehen wird. Es geht in diesem Fall allerdings nicht um höhere Einkommensvergütungen, sondern darum, ob vor allem die oppositionellen Abgeordneten überhaupt eine reelle Chance erhalten, ihrer Kontroll- und Aufklärungsarbeit nachzukommen. Wie die vorstehende »Chronik« möglicherweise auch deutlich macht, geht es darum, festzustellen, ob in der Bank durch Versäumnisse der Vorstands oder des Aufsichtsrates ein schwerer Vermögensschaden zulasten der Freien und Hansestadt verursacht worden ist. Und es geht darum zu ermitteln, was verändert werden muss, um solche Fehlentwicklung in der Zukunft auszuschließen.

Der Hamburger Senat und das Management der HSH vertreten die Auffassung, alles recht- und sachgemäß durchgeführt zu haben. Sie versichern sich dabei der Unterstützung von Anwaltskanzleien, Wirtschaftsprüfungsinstituten und zusätzlicher angekaufter Fachkompetenz. Ich hege dagegen nach wie vor den Verdacht, dass es weder bei dem Ankauf der toxischen Wertpapiere noch bei der Risikokontrolle sachgerecht zugegangen ist. Aber ich kann diesen Verdacht nicht auf Vermutungen stützen, ich muss ihn durch aufwändiges Aktenstudium und etliche Zeugenbefragungen nachweisen. Damit dies möglich wird, habe auch ich mich für die Aufstockung von entsprechenden Mitteln eingesetzt. Die Fraktion DIE LINKE wird das ihr zur Verfügung gestellte Geld ausschließlich für einen Mitarbeiter im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss einsetzen.

Horn: Freizeitpark statt Zockerrennbahn



Hamburger Abendblatt vom 20.4.2009

Ich habe bereits mehrfach über Pläne des Hamburger Senats berichtet, die bisherigen defizitären Rennbahnen in Bahrenfeld (Trab) und Horn (Galopp) zu einer Kombibahn zusammenzuführen. Ende Juni 2009 sind nun die Planungen für ihre Umsetzung angelaufen. Erste Berichte in den Medien veranschaulichen, was mit der Horner Anlage geschehen soll, die bisher ja noch an 350 Tagen im Jahr als (wenig gepflegter) Freizeitpark von der umgebenden Bevölkerung genutzt werden kann.

Klar ist, dass ein Teil des Geländes abgezwickelt werden muss, um neben der bestehenden Galopp- noch die Trabrennbahn einbeziehen zu können. Unter anderem der am Rande des Geländes angesiedelte »Marienthaler Tennis- und Hockey-Club e.V.« hat bereits Bedenken angemeldet, dass seine jüngst renovierten Sportstätten in Mitleidenschaft gezogen werden könnten. Auch die zu erwartende Verstärkung des Autoverkehrs und der geplante zusätzliche Parkraum, lassen erahnen, dass die »grüne Lunge« als Teil der »neuen Mitte Horns« Einschränkungen erfahren wird. Obwohl die Stadt das Projekt wesentlich mitfinanziert, wird die Frage, unter welchen Bedingungen die Horner Bevölkerung überhaupt (noch) Zugang zum inneren Teil der Rennbahn haben wird, vor allem vom noch nicht bekannten Investor entschieden werden. In-

sofern bleibe ich bei meinen Argumenten und lehne den Ausbau von Horn zur Kombibahn ab:

- Der Senat verschleudert erneut Millionen öffentlicher Mittel, um letztlich einem privaten Betreiber sowie einer Handvoll Pferdenarren das Feld zu überlassen;
- die Freizeitfläche wird verkleinert, ihre Nutzung eingeschränkt und die auf dem Gelände ansässigen Sportvereine und Einrichtungen belastet;
- die anhaltende Wirtschaftskrise führt nach Bürgermeister Ole von Beust zu Steuerausfällen von mindestens fünf Mrd. Euro in den kommenden vier Jahren; vor dem Hintergrund rückläufiger Besucherzahlen in einem von Wettbüros dominierten Sportbereich halte ich die Bereitstellung von mindestens 31,4 Mio. Euro 2009/2010 zugunsten der Kombibahn für eine politische Fehlentscheidung.

Meines Erachtens könnte das Geld erheblich sinnvoller, nachhaltiger und für einen erheblich größeren Kreis von NutznießerInnen investiert werden: für die Sanierung besonders schlecht instandgehaltener Sportstätten in benachteiligten Quartieren, für die Übernahme von Vereinsbeiträgen von Hartz-IV-BezieherInnen durch die Stadt und den Ausbau der gegenwärtigen Horner Rennbahn als Freizeit- und Erholungsstätte (inkl. einer Teilnutzung als Galopprennbahn).

DIE LINKE läuft weiter mit!



Deportationsstätten in der HafenCity

»Man weiß nur, was man sieht!« Unter diesem Titel organisiert die Bürgerschaftsfraktion der LINKEN zwischen dem 12. September und dem 20. Oktober erneut acht Rundgänge und zwei Erkundungen per Rad. Diesmal werden »Brennpunkte Hamburger Stadtentwicklung« angesteuert: Es geht nach Kaltehofe und Dulsberg, in die HafenCity, nach Billstedt, Horn, Altona und Wilhelmsburg. Es konnten erneut ortskundige, häufig der LINKEN nicht angehörende RundgangsleiterInnen gewonnen werden, aber auch BezirksparlamentarierInnen der Partei stellen ihr Wissen zur Verfügung. Mit dabei sind jeweils Bürgerschaftsabgeordnete aus unserer Fraktion. Die Teilnahme kostet nichts, eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Das komplette Programm ist in den kommenden Wochen unter www.linksfraktion-hamburg.de einzusehen.

Zwei Rundgänge beschäftigen sich mit Themen, die in den letzten BürgerInnenbriefen angesprochen wurden, deshalb an diese Stelle bereits ein detaillierter Hinweis, verbunden mit Informationen zu den jüngsten Entwicklungen:

Keine Autos auf dem Kaltehofe Hauptdeich!

Rundgang um die »Hamburger Wasserkunst« in Rothenburgsort mit Hanne Hollstegge (Dipl.-Ing. Städtebau/Stadtplanung) am Samstag, 12.9.2009, 15.00 Uhr; Treffpunkt: Sperrwerk Billwerder Bucht (gegenüber Ausschläger Elbdeich 3)

Ich hatte eine Kleine Anfrage an den Senat gerichtet, um Näheres über den Planungsstand für Kaltehofe zu erfahren. Mittlerweile hat der Senat geantwortet (Bürgerschafts-Drucksache 19/3729): Die Zeit für eine etwaige BürgerInnenmitsprache eilt, denn die Fläche soll bis »Ende 2009/Anfang 2010« von einem privaten Betreiber überlassen werden, um diese u.a. mit einem Wasserpark und einem kombinierten Ausstellungs-Seminar-Gaststättengebäude auszustatten. »Ein späterer Einfluss«, heißt es in der Senatsantwort, »ist nur sehr begrenzt und unter der Maßgabe der in der Ausschreibung festgelegten inhaltlichen und wirtschaftlichen Rahmenbe-

dingungen und in Absprache mit dem Eigentümer möglich.« Im Klartext: Nur wenn es in den kommenden Monaten gelingt, das Ausschreibungskonzept zu beeinflussen und insbesondere den Plan eines großen Autoparkplatzes zu verhindern, werden wir Kaltehofe als verkehrsberuhigtes Freizeit-, Radfahr- und Spaziergangsparadies erhalten können. Die Senatsantwort ergibt auch, dass noch ein alternativer Parkplatzstandort im Norden der Elbinsel, am Beginn des Kaltehofer Hauptdeichs geprüft wird. Machen wir also gemeinsam Druck dafür, dass diese Variante durchgesetzt wird!

Deportationsstätten in der HafenCity

Rundgang vom Hannoverschen Bahnhof zu den Fruchtschuppen mit Marut Perle (Historiker) am Dienstag, 15. 9.2009, 17.00 Uhr; Treffpunkt U1-Station Messberg (Ausgang Deichtorhallen/Wandrahmsteg)

Unter dem Titel »In den Tod geschickt« war im Frühjahr im Kunsthaus Hamburg eine Ausstellung zu den »Deportationen von Juden, Roma und Sinti aus Hamburg 1949 bis 1945« zu sehen. Hintergrund war auch der politische Druck, dem Deportationsort - dem am Lohseplatz gelegenen Hannoverschen Bahnhof - endlich die gebührende Aufmerksamkeit zu widmen. Inzwischen wurde beschlossen, einen Teil der rendite-trächtigen HafenCity (wo sich der Lohseplatz befindet) für den Bau einer würdigen Gedenkstätte zu nutzen; ein Gestaltungswettbewerb ist mittlerweile ausgeschrieben worden.

Nun legen neuere Forschungen die Vermutung nahe, dass der Hannoversche Bahnhof zwar Ausgangspunkt für die Qualen von mindestens 7.692 Hamburger Juden und Jüdinnen gewesen ist, während Hunderte von Roma und Sinti womöglich von einem ebenfalls in der HafenCity gelegenen Ort deportiert wurden; wahrscheinlich handelt es sich dabei um den nicht mehr existierenden Fruchtschuppen C am Magdeburger Hafen, an dem heute das Tamm-Museum und der Sitz der HafenCity Hamburg GmbH zu finden sind. Sofern

sich diese Vermutungen bestätigen, sollte meines Erachtens auch dieser Ort unter Denkmalschutz gestellt bzw. eine angemessene Erinnerungs- und Gedenkstätte geschaffen werden. Angesichts der schnell voran schreitenden Veränderungen auf Europas größter Baustelle müsste allerdings rasch gehandelt werden.

Im Rahmen des vom 9. bis 19. September stattfindenden internationalen Literaturfestivals »Harbour Front« wird auf dem Lohseplatz ein Zelt errichtet, in dem es u.a. eine Lesung von Texten über die Deportationen vom Hannoverschen Bahnhof (15.8., 18 Uhr, Eintritt: 8 Euro) und ein Konzert der Sinteza Dotschy Reinhardt (17.9., 19 Uhr, 18 Euro) gibt.

Kulturtipps: Résistance – Denkmale – Brücken



Die Eilbücke, noch mit dem im Krieg zerstörten Eingangstoren

Am Sonntag, den 30. August um 19 Uhr wird im Metropolis-Kino (Steindamm 52/54) ein Abend zum »August 1944: Paris libre! Paris befreit!« stattfinden. Organisiert vom Auschwitz-Komitee und VVN-BdA gibt es u.a. einen Film über die Résistance, eine Lesung aus der Autobiographie von Peter Gingold (der als deutscher Kommunist im französischen Exil gegen die Faschisten kämpfte), einen Bericht von Alice Czyborra über den Lebensweg ihrer Eltern Ettie und Peter Gingold sowie zeitgenössische antifaschistische Lieder, dargeboten vom Chor Hamburger Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Der Eintritt beträgt 7 Euro.

Während der Veranstaltungen zum »Tag des offenen Denkmals« vom 11. bis 13. September werden gut 60 teilweise recht unbekannte bzw. nur selten zu begehende historische Örtlichkeiten »geöffnet«. Dazu zählen der »Pesthofkeller« in St. Pauli (12.9.), die Großmarkthalle für Obst und Gemüse im Hammer-

brook (13.9.) und die ehemalige Tempel-Synagoge in Harvestehude (13.9.). Bei einigen Besichtigungen und Führungen ist eine Voranmeldung bis Anfang September nötig. Das Gesamtprogramm findet sich im Netz unter www.denkmalstiftung.de bzw. www.denkmalschutzamt.hamburg.de.

Zu guter Letzt der Hinweis auf die Ausstellung »Hamburg und seine Brücken – Baukunst, Technik, Geschichte bis 1945«. Dort werden Fotografien, Zeichnungen, Modelle und Experimente gezeigt. Hamburg ist mit ihren 2.500 Konstruktionen die brückenreichste Stadt Europas – also keine Stadt- und Verkehrsentwicklung ohne Berücksichtigung der vielen kleinen Kanäle, der Elbe und Alster! Die Ausstellung läuft noch bis zum 3. Januar 2010 im Museum der Arbeit in Barmbek (Wiesendamm 3). Sven Bardua hat rechtzeitig zu Ausstellungsbeginn das Buch »Brückenmetropole Hamburg« vorgelegt, das zum Preis von 24,90 Euro im Buchhandel zu erwerben ist.

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**